



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 2 09 51/52

Hannover, Georgstraße 33

F/V/269

17. November 1950

Hinweise auf den Inhalt:

Die Bewaffnung der GSO - Einheiten	S.1
Die Entwicklung in Nordkorea	S.3
Nach Strassburg, aber nicht über das Saarland	S.4
Ein volkstümlicher Minister - Glosse	S.5
Ausblick auf die bayrischen Landtagswahlen	S.6
Der SPD-Vorstand tagt in Berlin	S.7

Remilitarisierung einmal anders!

Von Alfred Gleisner, M.d.B.

Zu besonderen Arbeitsleistungen für Aufgaben der Besatzungsmächte stellte die britische Regierung die GULO und die amerikanische Regierung die Industriepolizei auf. Die GULO, die über das ganze britische Besatzungsgebiet verteilt ist, umfasst etwa 35 000 Mann, die in Einheiten zusammengefasst und durch Arbeitsvertrag verpflichtet wurden. Während die etwa 27 000 in der amerikanischen Zone verpflichteten Männer seit kurzem bewaffnet sind und neben Arbeitsaufgaben polizeiähnliche Dienstleistungen zu erledigen haben, wurden die GULO-Leute nur zur Arbeitsleistung und auch bei den Manövern der britischen Truppen verwendet. Sie waren keine Kombattanten! Inzwischen sind alle bestehenden Verträge dieser Leute gekündigt worden. Die neuen Verträge aber sehen vor: Kasernierung, Dienstgradabzeichen, Grusspflicht und Bewaffnung mit Handfeuerwaffen. Das hat unter den GULO-Leuten heftige Unruhe und Diskussionen hervorgerufen; denn sie wollen keine versteckten Soldaten einer fremden Besatzungsmacht sein.

Im Zusammenhang mit dieser Feststellung glauben nun breite Schichten des deutschen Volkes, nur deshalb in ein politisches Fieberdelirium gekommen zu sein, weil eine offene Aussprache mit den zuständigen deutschen Behörden durch die Alliierten in Fragen der Beteiligung Deutscher an der Verteidigung Europas nicht stattgefunden hat. Auch die Umwandlung der GULO in die GSO mit den typisch militärischen Wesenszügen wird als negativer Beitrag zu der augenblicklich sehr

heftigen Diskussion betrachtet.

Die GSO-Männer also stellen an die Regierung folgende berechtigten Fragen: Ist die Dienstleistung deutscher Männer in der GSO mit dem Grundgesetz zu vereinbaren? Sind die GSO-Männer aufgrund der verlangten Dienstleistungen Legionäre? Will die Bundesregierung diese vor solchen Angriffen schützen? Erwachsen den Männern aus dieser Dienstleistung Nachteile, wenn sie nach ihrem Ausscheiden in den öffentlichen Dienst wollen?

Alle diese Fragen müssen von der Regierung beantwortet werden, weil sie keine Maßnahmen zu treffen weiss, die den z.T. jungen Menschen eine reelle Chance bei der Eingliederung in die deutsche Wirtschaft gibt.

Ein grosser Teil dieser Menschen ist nicht gewillt, den neuen Vertrag zu unterschreiben. Er wird arbeitslos! Die Situation ist aber erst dann verständlich, wenn man weiss, dass für jeden Mann, der die neue Form nicht mitmachen will und ausscheiden muss, genügend andere bereitstehen. Wenn dazu noch bedacht wird, dass der grösste Teil Flüchtlinge, Heimkehrer, Heimatlose und Ungelernte nur im Militärdienst geschulte Männer sind, die ausgerechnet vor Weihnachten arbeitslos werden und stempeln gehen müssen, dann ist die Frage: "Mache ich mit oder scheid ich aus", keine blosse Frage der Gesinnung mehr, sondern einfach und schlicht eine Frage der Existenzberechtigung. Nicht den GSO-Männern ist hieraus ein Vorwurf zu machen, sondern der Regierung, die es bisher nicht vermocht hat, sich bei der Klärung dieser, alle Deutschen angehenden Fragen einzuschalten und die Sicherung zu treffen, dass die Männer, die ausscheiden wollen, einen Arbeitsplatz erhalten, der ihr Leben lebenswert macht. Sie müssen in ihren alten Stellungen "Jawohl, Herr Major" sagen, jeden deutschen und englischen Vorgesetzten grüssen, im Kasernenbereich nach alter Tradition leben und mit dem vertrauten Karabiner GSk in Uniform neue Freundschaft schliessen. Das ist der nüchterne Tatbestand, der aber alle Schlußfolgerungen zulässt.

Dass diese offenen Fragen die GSO-Männer und deren Familien seelisch belasten und die Möglichkeiten der persönlichen und wirtschaftlichen Nachteile in Verbindung mit einer unverantwortlichen Diskriminierung schwere Schäden an der Demokratie verursachen dürften, muss ebenfalls ausgesprochen werden.

Hier wäre eine Aufgabe zu lösen, die die deutsche Bundesregierung zu erfüllen hat und das ganze deutsche Volk angeht.

Mao greift an.

f. Der westlichen Welt wäre wohlher, wenn sie wüßte, was Mao in Korea will. Für das Eingreifen chinesischer Truppen auf dem koreanischen Kriegsschauplatz sind eine Fülle tiefsinniger Beweggründe aufgezählt worden, von denen nicht ein einziger stichhaltig war. Es darf als sicher gelten, daß Peking nicht eine Aktion der Vereinten Nationen gegen das mit großen wirtschaftlichen Schwierigkeiten kämpfende China auslösen will. Es steht fest, daß die Westmächte, auch die Vereinigten Staaten, nahezu ängstlich bemüht sind, Rotchina immer wieder zu versichern, daß sie alles tun werden, um die berechtigten Interessen Chinas nicht zu verletzen. Sie haben auf den kuriosen Umwegen, zu denen sie gezwungen sind, weil weder Washington, noch London, noch Paris einen akkreditierten Botschafter in Peking haben, Mao mitteilen lassen, daß er nicht einmal jetzt, da chinesische "Freiwillige" gegen die Vereinten Nationen kämpfen, etwa mit einer Abschaltung des von den Kraftwerken des Grenzflusses Jalu an die Mandschurei gelieferten Stromes rechnen muß. Von einem Bombardement der Werke könne erst recht keine Rede sein. Man hat, mit Zustimmung des amerikanischen Vertreters im Sicherheitsrat einen Delegierten des kommunistischen China eingeladen, zu dem Bericht Mac Arthurs in Lake Success Stellung zu nehmen.

Es hat alles nichts genutzt. Der chinesische Außenminister hat die Einladung abgelehnt und die Ablehnung zu einem scharfen Angriff gegen die amerikanische Regierung benutzt. Peking könne die Einladung nicht annehmen, da sie "die Vertreter der Zentralen Volksregierung der Volksrepublik China des Rechtes beraubt, im Sicherheitsrat das drängendste Problem des chinesischen Volkes, nämlich die Frage der bewaffneten Intervention und der Aggression gegen China durch die Regierung der Vereinigten Staaten zu behandeln." Am gleichen Tage veröffentlichte das Pekinger Außenministerium eine lange, scharfe Erklärung gegen Amerika, in der es die Zurückziehung aller ausländischen Streitkräfte in Korea forderte. Am folgenden Tage teilte es den Vereinten Nationen mit, es werde eine Delegation zur Diskussion über "die bewaffnete amerikanische Aggression gegen Formosa" nach Lake Success entsenden.

Es ist ein offenes Geheimnis, daß die amerikanische Regierung entschlossen ist, nahezu unter allen Umständen eine militärische Auseinandersetzung mit dem kommunistischen China zu vermeiden, obwohl dessen Eingreifen in Korea eine klare Herausforderung der Vereinten Nationen ist. Die schroffe Antwort Pekings, die der Westen als zynisch empfindet, hat nicht alle Brücken abgerissen, da sie die Fiktion aufrecht erhält,

es handele sich bei den chinesischen Truppen in Korea nur um "Freiwillige", die einem befreundeten Lande zur Hilfe eilten. Sachlich ist das selbstverständlich nur ein Spiel mit Worten, völkerrechtlich aber nicht. Mao hat sich als ein höchst unbequemer Verhandlungspartner erwiesen, der den Sicherheitsrat in die peinliche Lage versetzt hat, seine eigenen starken Worte schlucken zu müssen, weil hinter ihnen nicht die Kraft steht, sie wahrzumachen. Peking weiß zu genau, daß der Westen zwar einig ist in der Verurteilung der chinesischen Aggression in Korea, aber uneinig in der Frage, wie sie beantwortet werden soll.

Nach den Erfolgen der amerikanischen Republikanischen Partei, die wesentlich ihrer Kritik an der China-Politik Washingtons zuzuschreiben sind, wird es die amerikanische Regierung in der China-Frage nun, da die provozierende Antwort Pekings vorliegt, sehr schwer haben. Sie muß versuchen, zwischen der Scylla eines Krieges mit China und der Charybdis einer Niederlage bei den Präsidentenwahlen wegen mangelnder Festigkeit gegenüber dem Kommunismus durchzusteuern.

- - - - -

Zweierlei Europa.

A.M. Es gibt ein Europa, das wir alle nach Terror, Krieg und Zerstörung als friedliche Heimat ersehnen, jenes Europa, das die Jugend Grenzpfähle als Symbole überwundener Abtrennungen verbrennen läßt, jenes Europa, in dem die Völker einträchtig und friedlich nebeneinander leben, in dem es keinen Krieg und keine Zerstörung mehr geben wird, ein Europa, durch das jeder Europäer ohne Pässe, Papiere und Stempel reisen kann, weil keine Grenzen uns mehr einengen, ein Europa, das die Delegierten der Staaten Europas in Straßburg aus der Taufe zu heben, sich anschicken.

Und es gibt ein zweites Europa, das uns auf der Landkarte vielfarbig anschaut, ein Europa mit Grenzpfählen und Posten an den Schlagbäumen, mit Pässen, Visen und Grenzübergangsschikanen, ein Europa unterschiedlicher Nationalstaaten mit egoistischen wirtschaftlichen Interessen, Sicherheitswünschen und ängstlichen Vorschriften.

Die Bundestagsabgeordneten, die Ende dieser Woche als Delegierte der Bundesrepublik Deutschland zur Teilnahme an der Vollversammlung des Europarates nach Straßburg fahren, waren nicht wenig überrascht, als sie in ihren Pässen den Vermerk fanden, daß ihnen ein Aufenthalt im Saargebiet untersagt ist. Der Vermerk "valable pour le voyage en France aller et retour transit sans sarrét par la Sarre" ist zum

Teil mit schwarzer und zum Teil mit roter Tinte in die Pässe eingetragen. In Kreisen des Bundestags ist man über diese Maßnahme sehr bestürzt und es erscheint nicht ausgeschlossen, daß einige Abgeordnete es sich überlegen werden, ob sie unter diesen Umständen die Reise nach Straßburg antreten. Die Pässe der deutschen Europa-Rat-Delegierten haben eine Gültigkeit von zwei, allerhöchstens drei Monaten, derweil Geschäftsleute, die mit Wein oder Parfüms handeln, sechs Monate reisen dürfen. Ist das, so fragt man, der Geist Europas, in dem in Straßburg Europa geschaffen werden soll?

- - - - -

Sicherlich der volkstümlichste Minister.

sp. "Dem Volk aufs Maul schauen" - dieses Rezept, in derbe Worte gekleidet, stammt von Martin Luther. Es ist heute noch gültig und kein Politiker, der auf Volkstümlichkeit Wert legt, kann darauf verzichten.

Auch Bundesverkehrsminister Seeborn ist der Ansicht, daß er für seine Volkstümlichkeit etwas tun müsse. Wie notwendig das ist, zeigte sich beim Abschluß des Sechstage-Rennens in Hannover, bei dem der Bundesverkehrsminister die Siegerehrung vornahm (Radfahren ist bekanntlich eine Angelegenheit des Verkehrs, die Kompetenz war also gegeben). Als der Ansager ankündigte, daß Dr. Seeborn die Sieger ehren werde, erhielt der Bundesverkehrsminister den ersten Beweis seiner Volkstümlichkeit. Aus allen Windrichtungen des Zuschauerovals ertönten Pfiffe und Rufe, die nur ein Optimist als Zustimmung werten konnte. Dr. Seeborn ist offenbar Optimist, denn er verzichtete darauf, dem Volke aufs Maul zu schauen und gab sich alle Mühe, aus der Siegerehrung eine Reklameangelegenheit für sich zu machen. Während die erschöpften Sechstagerenner auf den verdienten Lorbeer warteten, während das Publikum ungeduldig die Ehrenrunden seiner Liebste herbeisehnte, gab der Herr Minister gnädigst stories aus seiner Jugendzeit zum besten. ("Man hat gesagt, daß ich nicht hierher kommen werde, aber man hat sich getäuscht. Schon als junger Student in Berlin.... usw. usw.")

Der Rest der interessanten und ausgedehnten Selbstbiographie eines Bundesministers ging in einem Pfeif- und Lärmkonzert unter. Wie gesagt, Herr Minister, man muß dem Volk aufs Maul schauen, sonst geht das Maul des Volkes über, was das Herz voll ist.

- - - - -

Auch Bayern wählt.

(M.R.München, im November)

Acht Tage nachdem die Wähler in Württemberg-Baden und Hessen ihre Entscheidung über die zukünftige Landespolitik gefällt haben, wird man auch in Bayern an die Wahlurne gehen. Insgesamt 14 Parteien und Wählergruppen haben Kandidaten benannt. Es ist heute schon vorauszusehen, daß mindestens die Hälfte davon die Zehn-Prozent-Klausel nicht überspringen kann und die Stimmen, die sie gesammelt haben, nicht zum Tragen kommen.

Allgemein herrscht die Meinung vor, daß die CDU als die stärkste Partei aus dem Wahlkampf hervorgehen wird. Allerdings dürfte der Vorsprung vor der SPD nur einige wenige Prozent betragen. An dritter Stelle, so nimmt man an, wird sich die Bayernpartei plazieren. Über die weitere Reihenfolge der Parteien und Wählergruppen gehen die Meinungen stark auseinander. Gute Chancen hat der BHE. Allerdings ist dabei zu bedenken, daß neben der WAV von Alfred Loritz noch vier andere Flüchtlings- und sogenannte Entrechteten-Gruppen eigene Kandidaten aufgestellt haben. Sollte es diesen Gruppen gelingen, größere Wählermassen an sich zu ziehen, so dürfte es auch dem BHE schwer fallen, die Zehn-Prozent-Klausel zu überspringen. Fraglich bleibt es auch nach wie vor, ob es der FDP gelingt, diese schwierige Hürde zu nehmen.

Heute bereits wird eifrig kombiniert. Nur wenn CSU und BP zusammen über 50 Prozent der Mandate erreichen, wird es der CSU ermöglicht, eine Koalition nach rechts zu bilden. Andererseits dürfte die Möglichkeit, eine Koalition mit der SPD einzugehen, ohne weiteres gegeben sein, wenn sie auch zahlreiche Schwierigkeiten in sich birgt.

Die Regierungsbildung wird für die CSU eine ganze Anzahl partei-interner Spannungen auslösen, die den Bestand der Partei gefährden können. Nach wie vor strebt Dr. Hundhammer eine Koalition mit der Bayernpartei an. Denn nur in diesem Fall könnte sich sein Plan realisieren, Ministerpräsident in Bayern zu werden. Er wäre sicher sogar bereit, wenn die WAV im Landtag erscheint, Alfred Loritz in ein solches Kabinett mit einzubeziehen. Man kann aber nicht annehmen, daß der Landesvorsitzende der CSU, Ministerpräsident Dr. Hans Ehard, diesen Weg gehen wird, weil für ihn in einer solchen Kombination kein Platz wäre. In jeder Koalition ohne die Bayernpartei dürfte aber für Hundhammer kein Ministersessel zur Verfügung stehen. Das weiß Dr. Hundhammer sehr genau und die in letzter Zeit aufgetauchten Nachrichten, wonach Dr. Hundhammer in einem solchen Fall Generalsekretär beim Bayrischen

Bauernverband werden wolle, dürfte zumindest die politische Situation richtig kennzeichnen.

Die Frage der Regierungsbildung dürfte beinahe zwangsläufig zu einer Auseinandersetzung zwischen Dr. Hundhammer und Dr. Ehard führen. Schon der Gedanke an diese Auseinandersetzung bringt die maßgeblichen CSU-Politiker in ernste Sorge, und man hat Dr. Hundhammer schon wissen lassen, daß er auf scharfen Widerstand stoßen werde, "wenn er sich vordrängen" sollte. Man darf allerdings bei diesem Fragenkomplex eine Stimme nicht übersehen, auf die der bayrische Wähler keinen Einfluß hat. Es wird die Stimme sein, die aus Bonn herübertönt. Zweifellos wird Dr. Adenauer an der Regierungsbildung im zweitgrößten Land der Bundesrepublik sehr intensives Interesse zeigen.

Die bayrische SPD hat durch ihren Landesvorsitzenden ihre Stellungnahme zu diesen Fragen schon mehrfach klar herausgestellt. Eine Teilnahme an der Regierung kommt nur dann in Frage, wenn der Koalitionspartner die klaren Forderungen in der Sozialpolitik und in der Kulturpolitik annimmt. Eine Koalition, in der Dr. Hundhammer den Posten des Kultusministers behalten sollte, ist für die SPD nicht denkbar.

- - - - -

Der SPD-Vorstand tagt in Berlin.

sp. Der Parteivorstand der SPD wird seine nächste ordentliche Vorstandssitzung vom 28. bis 30. November in Berlin abhalten. Die Tagesordnung sieht die Behandlung innerpolitischer und internationaler Probleme vor. U.a. werden die Frage Straßburg, Comisco-Tagungen, der Grazer Parteitag der SPÖ, die Saarfrage, das Osteuropa-Problem und die Sitzung des Europarat-Comitees in London am 15. u. 16. 12. zur Beratung stehen. Des weiteren sind vorgesehen, ein Bericht der Bundestagsfraktion sowie eine Auswertung der Ergebnisse der jüngsten Landtagswahlen.

Dr. Kurt Schumacher wird bereits am 27. 11. nach Berlin fahren und dort nachmittags um 16.00 Uhr auf einer Pressekonferenz sprechen. Im Rahmen der PV-Tagung ist eine Großkundgebung mit Dr. Schumacher vorgesehen.